

wäre dies ohne einen zusätzlichen Funktionsverlust in den Diözesen und Pfarreien, aber auch bei dem dann zur Arbeitsgemeinschaft zurückgestutzten BDKJ auf Bundesebene wohl nicht zu haben.

Auf jeden Fall können Strukturdebatten dieser Art nicht überdecken, daß die sich zuspitzende Konkurrenzsituation zwischen den BDKJ-Mitgliedsverbänden und der BDKJ-Leitung nur entfernter Nachhall einer sehr viel tiefer greifenden *Krise der kirchlichen Jugendarbeit* ist. In einigen Diözesen ist die kirchenamtliche Jugendarbeit von der verbandlichen bereits getrennt worden. Der Grund dafür war nicht nur Unzufriedenheit mit der inhaltlichen Ausrichtung der Verbände, sondern auch die Tatsache, daß die Verbände mehr und mehr nur zu einer Organisationsform von Jugendlichen in der Kirche neben anderen geworden sind. Klöster, geistliche Bewegungen und andere lokale Initiativen sind als „Anbieter“ hinzugetreten.

Auf längere Sicht ist es nicht entscheidend, ob die bestehenden Verbände bzw. ihr Dachverband in der bestehenden Form erhalten bleiben. Neue gesellschaftliche und kirchliche Rahmenbedingungen erfordern möglicherweise auch neue Strukturen. Wichtig ist nur, daß über Gruppierungen, wie es die (Jugend-)Verbände waren und z.T. noch sind, die gesellschaftsdiakonische Präsenz der Kirche auf die Dauer wieder gestärkt werden kann.

Einrede

Englische Kirchenführer kritisieren die Sozialpolitik der Regierung

Die Frage, ob, wann und mit welchem Recht sich die christlichen Kirchen zu politischen Angelegenheiten äußern sollen bzw. dürfen, steht derzeit vor allem in Großbritannien auf der Tagesordnung. Anlaß des Streits ist die „christliche Herausforderung für den Thatcherismus“ (so die Überschrift eines Kommentars der katholischen Wochenzeitung „The Tablet“

vom 23. April): Nicht nur anglikanische, auch katholische Kirchenführer haben sich in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den jüngsten sozial- und wirtschaftspolitischen Beschlüssen der Regierung Thatcher (Steuerreform, Reform der Sozialhilfe, Reform der Gemeindesteuer) kritisch zu Wort gemeldet. Der schon in früheren Jahren als *enfant terrible* des anglikanischen Episkopats hervorgetretene Bischof von Durham, *David Jenkins*, geißelte in einer Rundfunkansprache zu Ostern die Sozialpolitik der Regierung von Margret Thatcher als „böartig“. Aber auch vom katholischen Erzbischof von Liverpool, *Derek Worlock*, kamen kritische Bemerkungen zur gegenwärtigen Sozialgesetzgebung, und Kardinal *Basil Hume* erinnerte die Regierung in einer vielbeachteten Predigt an ihre soziale Verantwortung und beklagte in der englischen Gesellschaft „besorgniserregende Zeichen“ wie Indifferenz gegenüber den Armen und den Ausfall moralischer Sensibilität.

Der Kardinal kam auch auf den Kern der Auseinandersetzung zu sprechen: Er verteidigte das Recht der Kirche, zur sozialen Verantwortung des Staates Stellung zu nehmen, und betonte, dabei handle es sich nicht um eine Abirrung aus dem geistlichen in den weltlichen Bereich. Es könne keine strenge und absolute Demarkationslinie zwischen dem Menschlichen und dem Göttlichen geben. Bezeichnenderweise hatte ein konservativer Abgeordneter (er ist auch Mitglied der Generalsynode der Kirche von England) Bischof Jenkins nach seiner Osteransprache vorgehalten: „Die Schafe blicken auf ihren Hirten, aber sie werden anstatt mit Geistlichem nur mit Weltlichem abgespeist.“ Ein anderer Vertreter der Konservativen Partei gab zu Protokoll, Kirchenführer hätten an Ostern von der Liebe Gottes zu sprechen – und nicht von „profanen“ Dingen.

Daß die Debatte um das politische Mandat der Kirche gerade in Großbritannien so heftig und so kontrovers ausgetragen wird, kommt nicht von ungefähr. Die Regierung Thatcher geht bei der Beschneidung vermeintli-

cher oder wirklicher sozialstaatlicher Auswüchse wesentlich rigorosere als andere westeuropäische Regierungen, sie setzt besonders unverbrämt auf die Förderung des Unternehmergeistes, auf Wettbewerb und Selbsthilfe und nimmt dabei eine Verschärfung der sozialen Gegensätze in Kauf. Die Kirchen müssen sich angesichts dieser Entwicklung zur Stellungnahme herausgefordert fühlen. Dabei kommt natürlich vor allem die *Kirche von England* in Schwierigkeiten, weil von ihr als „established church“ vielfach weit eher moralische Hilfestellungen für den einzelnen und Traditionsverwaltung erwartet werden als kritische Einreden zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der „Regierung ihrer Majestät“. Erzbischof *Robert Runcie* von Canterbury ist deshalb seit Jahren Zielscheibe konservativer Vorwürfe. Auch wenn die Spannungen in Großbritannien aus den genannten Gründen besonders deutlich hervortreten: Es handelt sich beileibe *nicht nur um ein englisches Problem* (daß es nicht nur um ein spezielles Problem der Church of England geht, zeigt die Tatsache, daß anglikanische und katholische Kirchenführer weithin parallel argumentieren). Auch in der Bundesrepublik gibt es immer wieder Stimmen, die den Kirchen mehr oder weniger direkt und massiv raten, doch bei ihren Leisten zu bleiben, sich um das Seelenheil der Gläubigen zu kümmern und die „vorletzten Dinge“ den dafür zuständigen Politikern und Wirtschaftsführern zu überlassen. Aber auch hierzulande gilt: Wenn die Kirchen ihrem Auftrag treu bleiben, dürfen sie sich diesen Schuh nicht anziehen, können sie sich diese schlichte Sicht der Dinge nicht zu eigen machen. Daß kirchliche Amtsträger und Gremien die nötige Sachkenntnis nicht durch die Berufung auf den Beistand des Heiligen Geistes kompensieren können, versteht sich von selbst. Hier müssen sie sich der kritischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit stellen. Aber sie sind nicht Sachwalter einer vagen Transzendenz, die sich mit allem und jedem auf Erden verträgt, sondern Vertreter einer Botschaft, die Urteilsmaßstäbe und Perspektiven für politische Gestaltung liefert.